

Rente ist das Thema Nummer 1

Soziale Fragen beherrschen Elefantenrunde der Thüringer Allgemeinen mit allen Nordthüringer Direktkandidaten zur Bundestagswahl



Die vollzählige Runde der Südharzer Direktkandidaten (Erststimme) zur Bundestagswahl. Foto: Thomas Müller

Von Thomas Müller

Alle zehn Direktkandidaten für die Bundestagswahl - die grüne Bewerberin lässt sich vertreten -, auf einen Blick. Das wird es in diesem Wahlkampf wohl nur einmal geben. Dank frühzeitiger Einladung gelang es der TA, sie unter einen Hut zu bringen.

Es ist eine Ansammlung interessanter Menschen auf dem von Peter Cott moderierten Podium im Humboldt-Gymnasium. Jeder hat seinen ganz eigenen Antrieb anzutreten.

Zum Beispiel Uwe Reiche. Der Mann ist Gemeinderat im eichsfeldischen Wehnde, das zum Wahlkreis gehört. "Zwei Drittel aller Bürgermeister und kommunalen Parlamente in Thüringen sind mit Freien Wählern besetzt, nicht mit Parteipolitikern", sagt er. "Aber wir müssen verwirklichen, was man sich in Berlin überlegt."

Oder der parteilose Erzieher Severin Rascopp aus Weißenborn-Lüderode. Er will wieder mehr Ethik und Ehrlichkeit in der Politik. Oder Karl Edmund Vogt (ÖDP). Der Arzt aus Worbis kommt gerade aus Sierra Leone, wo er monatelang in Slums gearbeitet hat: Hier rekrutiere sich die nächste Flüchtlingswelle, mahnt er. Oder Eckehart Rieth, den private Erlebnisse vor Familiengerichten zur Kandidatur trieben.

Und dann sind da die Profis. Die im Bundestag bleiben wollen. Wie Kersten Steinke (Linke) aus Bad Frankenhausen. Als Vorsitzende des Petitionsausschusses im Bundestag weiß sie um die Sorgen der Bürger. Jährlich treffen 17 000 Petitionen ein. "Die Schere zwischen Arm und Reich darf nicht weiter auseinander klaffen", meint sie und hat mit Jürgen Pohl von der AfD eines gemeinsam: Beide fordern einen höheren Mindestlohn.

Auch sonst liegen die Kandidaten in der Diskussion oft nicht weit auseinander. Erstaunlicherweise stellen die rund 140 Zuschauer diesmal nicht die Flüchtlingsfrage nach vorn, sondern soziale Fragen - nach einer solidarischen Rente, einem gerechten Gesundheitssystem und guter Bildung

Die Rentenfrage

Das Rentenniveau dürfe nicht weiter sinken, meint Steffen-Claudio Lemme, der für die SPD im Bundestag sitzt. Klaus Garzke aus Nordhausen spricht dieses Thema an, das sich zum größten des Abends entwickelt. Seit 2005 rede man über die Rentenangleichung, wettet er. 2011 habe die Bundeskanzlerin beim Seniorentag in Leipzig angekündigt, die Renten in dieser Legislatur anzugleichen. Geschehen sei sie bis heute nicht, obwohl es im Koalitionsvertrag stand. Nun wolle man es bis 2025 schaffen. "So etwas nenne ich ein Verbrechen an unserer Generation."

Manfred Grund (CDU) kontert: Das Volk sei nicht nur der Rentner, sondern alle. Er verteidigt auch das Prozedere. Während Lemme meint, mit Merkel sei eine schnellere Angleichung "nicht zu machen" gewesen. "Ich bin erstmal froh, dass es eine Regierung geschafft hat, sich auf einen Endpunkt zu einigen."

Im Publikum sitzt Gert Kummer aus Nordhausen. Er ist seit 25 Jahren Rentenberater und sorgt nun für Aufklärung. 2024 entschieden nur noch die Löhne über die Rente. Dann bedeute das für den Osten, dass die Bewohner deutlich schlechter abschneiden. Deshalb sei nicht die Rentenangleichung das Thema, sondern die Lohnentwicklung. "Wenn es uns nicht gelingt, die Löhne anzugleichen, haben wir ein Problem."

Jürgen Pohl hält, als hätte er es geahnt, eine Grafik in die Höhe - mit den Löhnen, die in Deutschland gezahlt werden. Tiefrot ist ein Gebilde, das der DDR eins zu eins entspricht.

Steinke will sich mit dem Befund nicht abfinden. Sie fordert, das Rentenniveau generell zu heben und eine solidarische Rente von 1050 Euro einzuführen. Nur das löse das erklärte Problem. Neben dem höheren Mindestlohn, der dauerhaft höhere Löhne sichere.

Hinzu kommt aus Sicht der grünen Stephanie Erben: Im Osten könnten die Menschen weniger privat vorsorgen. Und das System der Betriebsrenten sei weniger ausgeprägt.

849 Euro für alle stellt sich Ronald Krügel (FDP) vor, und zwar aus Steuern. Auch Uwe Reiche tendiert zu einer Art Bürgergeld, wie es auch immer heiße. Nur dürfe ein langjähriger Arbeiter nicht einem gleichgestellt werden, der kaum gearbeitet habe. Das täte den meisten weh.

Als "das einzige verlässliche System" bezeichnet Lemme die staatliche Rentenversicherung. Das FDP-Bürgergeld sei eine Falle. Diese laufe darauf hinaus, die soziale Sicherung abzuschaffen. Am Ende stünden arme Menschen. Sein Modell: das Rentenniveau halten, ebenso die Beiträge für die junge Generation. Dazu soll es eine Solidarrente über dem Grundsicherungsniveau geben. Im Unterschied zu den meisten habe die SPD ihr Modell sogar durchgerechnet.

Warum die Bundestagsabgeordneten nicht ins Rentensystem einzahlten, hakt Gudrun Holzapfel nach. Persönlich würde er dies gern machen, erwidert Lemme. Wer in den Bundestag komme, treffe auf ein eigenes System, dem man sich angleichen müsse. "Das tut mit leid", erntet er Hohn. Nicht allein die Abgeordneten würden ja das Problem lösen, setzt der Sozialdemokrat fort. Alle müssten einzahlen. Den Eindruck, am jetzigen System etwas ändern zu wollen, vermittelt er nicht. Anders Kersten Steinke. Auch Karl Edmund Vogt und Uwe Reiche machen die Forderung auf.

Für Jürgen Pohl ist die Sache einfach geregelt: die Kosten für Zuwanderung einsparen und dem Rentensystem zuführen.

Die Pflege

Passend zum Thema: Doris Schilling fragt sich, warum in den Altenheimen zu wenig Personal für die Bewohner zur Verfügung stehe. Eine Lösung sieht Uwe Reiche darin, die Heime nicht mehr privatwirtschaftlichen Interessen zu überlassen. Als vornehmste Aufgabe sieht es auch Jürgen Pohl, den Eltern einen anständigen Lebensabend zu gewähren. Mehr "deutsche Pflegekräfte" wolle seine Partei mit einem höheren Mindestlohn anwerben. Zweitens möchte er den Schlüssel von Pflegekraft zu Betreuendem ändern. Die Löhne beträchtlich zu erhöhen, dafür sieht er die Möglichkeit.

Noch nie hätten so viele im Pflegeberuf eine Ausbildung begonnen wie dieses Jahr, ergänzt Manfred Grund. Man habe bereits gesetzlich einen anderen Schlüssel beschlossen, unter dem Stöhnen vieler Heimbetreiber. Auch sollten Tariflöhne künftig in die Kosten der Pflegestruktur aufgenommen werden. das werde die Lohnsituation ändern.

"Wenn man nur mit Nationalgeist herangeht, hätten wir bald nicht nur nicht genügend Pflegekräfte, sondern auch Ärzte", wird Steffen-Claudio Lemme emotional. Es könne nicht sein, dass sich Herr Pohl hinstelle und nicht von einer russischen Ärztin behandelt werden wolle.

Niemand mag der Frage Doris Schillings widersprechen. Es müsste sich also nach der Wahl einiges tun, wenn die Kandidaten ihre Inhalte im Bundestag vertreten.

Die Arbeitswelt

Zu den großen Projekten der SPD gehört die Agenda 2010. Jürgen Pohl kritisiert die Leiharbeit und die prekären Beschäftigungsverhältnisse. Nicht Ehe für alle sei das wichtige Thema, sondern die Stützung der Familie mit Ehekrediten und Willkommenskindergeld. Die Steilvorlage für Lemme. Der geißelt Plakate der AfD, die eine schwangere Frau zeigen mit dem Spruch "Das können wir noch selbst." Auf das eigentliche Thema geht Uwe Reiche ein, der zu wissen glaubt, "wo es in 14 Tagen in Berlin hingehet", in Richtung Große Koalition. Aber er fragt: "Wer hat denn die Entwicklung in den Händen gehabt? Viele wurden in den Niedriglohnbereich gedrängt oder zur Abwanderung gen Westen gezwungen."

Die Bildung

Klar, dass in einer Schulaula das Thema Lehrermangel nicht ausbleibt. In den meisten Statements ist Kritik daran zu vernehmen, dass Bildung in 16 Ländern einzeln behandelt wird. "Das kann nicht so bleiben", meint der Freie Wähler. Die Länder machten sich Konkurrenz. Hier pflichtet ihm Severin Rascopp bei. Ein Umzug von einem Bundesland in ein anderes sei kaum möglich. Kersten Steinke fordert, unterschiedliche Lehrmaterialien und Lehrpläne abzuschaffen.

Große Meinungsunterschiede sind hier nicht auszumachen. Allerdings fragt sich Karl Edmund Vogt, weshalb die Parteien im Bundestag dann nicht längst Taten folgen ließen. Er wie Rascopp verweisen auf die Systeme in Skandinavien, die dem der DDR ähneln. Vogt plädiert dafür, die Kinder nicht nach Klasse 4 auseinander zu reißen, sondern dem Modell zu folgen, erst nach Klasse 8 zu trennen.

Stephanie Erben ist es dann, die eine Lanze für den Föderalismus bricht. Der sei schließlich entstanden als Folge des zentralisierten und von den Nazis missbrauchten Systems. Auch Manfred Grund mag sich der Masse nicht anschließen. Wer garantiere denn, dass das gemeinsame System nicht das von Bremen sei, wo das Bildungssystem aus seiner Sicht nicht das stärkste ist.

Die Schulden

Der enorme Schuldenstand des Landes beschäftigt einen Bürger. Für diesen macht er auch Manfred Grund verantwortlich, der seit 1994 im Bundestag sitzt. Der verteidigt sich mit der Krise von 2008. Damals habe man Mittel aufgenommen, um mit

Kurzarbeit und Konjunkturprogrammen gegenzusteuern. "Seit vier Jahren nehmen wir keine neuen Schulden auf, seit zwei Jahren tilgen wir."

Der Klimawandel

Frage an Jürgen Pohl: Wenn die AfD aus dem Pariser Klimaschutzabkommen aussteigen wolle (laut Programm), was sei die Alternative? Pohl sieht den Klimawandel als Popanz, der naturwissenschaftlich nicht erwiesen sei, als nicht von Menschen gemacht. Die Atomkraftwerke will er sicherer machen, die Energiewende bezeichnet er als Ideologiewende.

Die Gefahr der Atomkraft sei keine Meinung, sondern eine ernsthafte Gefahr, entgegnet Stephanie Erben. Und ergänzt: "Wir müssen aus der Braunkohle raus." Ihr Szenario: Klimaflüchtlinge. Die dürfte die AfD nicht wollen. Deutschland sei einmal Vorreiter im Energiewandel gewesen. Dann habe Schwarz-Rot geschlafen. Man wolle nun den Kurs von 2005 fortsetzen.

Kersten Steinke möchte dafür auch etwas tun: den Verkehr von der Straße auf die Schiene bringen, regionale Erzeuger fördern. Selbst viel in der Welt unterwegs, kann Karl Edmund Vogt den Mitbewerber Pohl nicht verstehen. Auch er plädiert für eine klare Präferenz für Personennahverkehr und Schienentransporte.

Die Koalition

Die letzte Frage des Moderators ist die nach der Wunschkoalition. Vogt kann sich Schwarz-Grün vorstellen. Lemme wünscht sich eine Konstellation, die nicht auf Stillstand setze, sondern auf Fortschritt. Damit meint er Rot-Rot-Grün. Eine stabile Regierungskonstellation sieht Manfred Grund hingegen nur bei der Großen Koalition. Die FDP taucht bei ihm nicht auf. Die wiederum würde mit der CDU zusammengehen. Keine Möglichkeiten sieht Jürgen Pohl, mit den anderen Parteien zusammenzuarbeiten. Mit Leuten wie Victor Orban, dem ungarischen Regierungschef, könne er arbeiten, meint er. "Der ist aber kein Deutscher", sorgt Stefan Nüßle im Publikum für einen amüsanten Schlusspunkt.

Die Debatte als Video gibt es auf www.ta-nordhausen.de!